

Kamener Zeitung

Vollständiger für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Anfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 238 (1. Blatt)

Donnerstag, den 9. Oktober 1924

52. Jahrgang

Um die Volksgemeinschaft.

Die Parteien zur Regierungs- umbildung.

(W) Im Reichstag trat Mittwoch vormit-
tag zunächst um 10 Uhr

die Zentrumsfraktion

zusammen. Den Vorsitz führte Abgeordneter
Geyrhofer. Reichstagskanzler Marx war
vor Beginn der Sitzung anwesend und
gab der Fraktion einen Überblick über die
politische Lage. Er legte die von ihm ver-
fassten Richtlinien vor. Im Anschluß an das
Referat des Reichstagskanzlers folgte die
Zentrumsfraktion nach kurzer Debatte einmütig
eine Entschließung, in der es heißt: Die
Zentrumsfraktion des Reichstages hält fest an
ihre Überzeugung, daß nur ein in innerer
Einigkeit stehendes Volk Deutschland retten und
durch Annahme des Londoner Abkommens die
uns auferlegten schweren Lasten unter tätiger
Mitwirkung aller schaffenden Kräfte der
Arbeit und Wirtschaft tragen kann. Die Zent-
rumsfraktion unterstützt nachdrücklich die Be-
mühungen des Reichstagskanzlers Marx, die be-
stehende Koalition durch Hinzuziehung
aller zu unabdingbarer Mitarbeit bereiten Par-
teien von rechts und links zu ver-
breitern und dadurch eine starke und sichere
Regierung zu schaffen. Sie erwartet von
allen zur Mitwirkung berufenen Parteien be-
stimmte, daß sie sich der dem Volksganzen dienen-
den Volksgemeinschaft zum Wiederaufbau des
Vaterlandes anschließen.

Die demokratische Reichstagsfraktion
trat zusammen mit dem Vorstand der preußi-
schen Landtagsfraktion zu einer Sitzung zu-
sammen, in welcher der Abgeordnete Geyrhofer
über die politische Lage und über die Richt-
linien des Reichstagskanzlers Marx referierte. Daran-
schloß sich eine ergiebige Aussprache. Einmütig
wurde folgende Entschließung angenom-
men: Die Fraktion der Demokratischen Reichs-
tagstagesfraktion hält eine Veränderung der
Regierung in der jetzigen politischen Lage
nicht für erwünscht. Die Lösung wichtiger
Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regie-
rung eingeleitet ist und das Bedürfnis von
Volk und Wirtschaft zur ruhigen Weiterent-
wicklung erfordert. Es ist die Vermeidung einer
Regierungsstörung. Sollte eine Veränderung der
Zusammensetzung der Regierung durch die
Führung der anderen Fraktionen nicht ver-
meiden lassen, dann würden wir gemäß
dem Vorstoß des Reichstagskanzlers eine nach rechts
und links erweiterte Regierung
unser Unterstützung nicht versagen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion

versammelte sich gegen Mittag im Reichstag,
um die Fraktionsführung vorzubereiten, die um
2½ Uhr stattfand. Der Vorstand billigte
das Verhalten der Unterhändler bei ihrer Be-
sprechung mit dem Reichstagskanzler Marx und
beschloß die Fraktionsführung vorzuschlagen, daß
die von den Unterhändlern eingeschlagene Taktik
auch weiter verfolgt werden soll. Die Fraktion
tritt, falls nicht die Volksgemein-
schaft zustande kommen, für die Auf-
lösung des Reichstages ein und be-
kämpft auf das energischste die Bildung
eines Bürgerblocks. — Die Fraktion
stimmt diesem Beschlusse des Vorstandes zu.

Die deutsche Volkspartei

gab um 8 Uhr abends folgende Entschließung
ihrer Reichstagsfraktion bekannt: Der Stand-
punkt der deutschen Vp. in der Frage der
Regierungserweiterung ist bekannt. Es hat sich
nichts geändert. Die Richtlinien der
Reichsregierung erkennen die Fraktion als
eine brauchbare Grundlage für Koali-
tionsverhandlungen an. Sie billigt einmütig
das Verhalten ihrer Unterhändler und er-
klärt, auf eine schnelle Lösung der Frage der
Regierungserweiterung hinzuwirken.

Die deutschnationalen Bedingungen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat
keine Entschließung gefaßt, in der be-
kannt wird, daß gerade auch die deutschna-
tionale Vp. stets für Volksgemeinschaft
eingetreten ist, daß sie darunter aber eine
Einkreisung der Volksgemeinschaft versteht, die
in der Zusammenfassung aller auf christ-
lich-nationalen und sozialen
Boden stehenden Volkskräfte besteht. Sie
setzt demgemäß voraus, daß alle an der vor-
genannten Gemeinschaft beteiligten Parteien
sich zu dem folgenden Ziel bekennen: 1.
Christliche Jugendberührung und
christliche Kultur als Grundlage des Staats-
lebens. 2. Unter Abhebung des die
Volksgemeinschaft verbindenden Klassen-

Kampfes und unter Sicherung der Koalitions-
freiheit die Verhinderung jedes den Ver-
tragsfrieden bedrohenden Ferrors und die
Förderung der Volksgemeinschaft bei voller
Wahrung der sozialen und politischen Gleich-
berechtigung der Arbeitnehmer. 3. Aner-
kennung und weitere amtliche Ver-
folgung der Regierungserklärung vom 29.
August über die Reichsschuld. Die deutschna-
tionale Reichstagsfraktion billigt das bisherige Ver-
halten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie
zu weiteren Verhandlungen über die Regie-
rungsbildung.

Heute neue Besprechungen.

(W) Wie aus parlamentarischen Kreisen
verlautet, hat der Reichstagskanzler die Führer
der Regierungsparteien zu einer erneuten Be-
sprechung auf Donnerstag, 10 Uhr vormittags,
geladen, um mit ihnen die Ergebnisse der
Fraktionsberatungen zu erörtern. Am Donner-
stag wird die Zentrumsfraktion ebenfalls be-
reits um 10 Uhr, die Demokraten um 2 Uhr
nachmittags und die Deutsche Vp. um 4 Uhr
zusammentreten.

Ein Brief der Sozialdemokraten an den Reichstagskanzler.

Der Vorwärts veröffentlicht einen Brief des
Vorstandes der soz. Reichstagsfraktion an den
Reichstagskanzler, der sich eingehend mit den vom
Reichstagskanzler aufgestellten Richtlinien be-
schäftigt. In dem Brief 1. der Richtlinien,
die vom Schutze der Reichsverfassung handeln,
sei das Wort Republik vermieden
worden. Da der Führer der Mehrheit der
Deutschnationalen Schlangenschönungen, vor-
tun noch für die Durchführung der Monarchie
öffentlich propagiert habe, müsse nach Auf-
fassung der soz. jede Partei, die in die
Reichsregierung einbezogen werden will, in der
Frage der Staatsreformierung un-
abweislich die Weisheit der Regierungser-
klärung zum Ausdruck bringen. Hinsichtlich der Außenpolitik
komme es nach Ansicht der soz. jetzt darauf
an, vor aller Welt klar zu stellen, daß die
Reichsregierung auf die Fortführung der
bisherigen Außenpolitik des Ab-
netzes Marx sich festgelegt. Die soz. Fraktion
nehme an, daß der Eintritt Deutschlands
in den Völkerverbund so schnell wie möglich
erfolgen werde. Das Programm der Reichs-
regierung müsse ferner die Na-
tionalität des Washingtoner
Abkommens über den Achtfundentog
enthalten. Bezüglich der Steuer-, Wirtschafts-
und Handelspolitik wird bemerkt, daß die zum
Schutze der menschlichen Arbeitskraft und der
Hebung der Konsumkraft der breiten Volksmas-
sen zu treffenden Maßnahmen vor Abschaffung der
Regierungserklärung genau der Präzision be-
dürfen. Der Brief schließt mit dem Ausdruck
der Überzeugung, daß sich die soz. Wünsche im
Rahmen des Programms des Reichstagskanzlers
erfüllen lassen. Die soz. Unterhändler ständen
zu einer Besprechung über die ge-
wünschte präzis Formulation gern
zur Verfügung.

Die Richtlinien zur Volksgemeinschaft.

(W) Die vom Reichstagskanzler den Fraktio-
nen des Reichstages übermittelten Richt-
linien für die Entscheidung bei
dem Eintritt in die Volksgemein-
schaft lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919
wird als rechtsverbindliche Grundlage des staat-
lichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre
Veränderung auf ungesetzliche, insbesondere ge-
walttätige Weise herbeizuführen, wird demge-
mäß als Hochverrat zu verfolgen und zu be-
strafen sein.

2. Die Richtung der Außenpolitik wird
in erster Linie durch die Londoner Abmachun-
gen bestimmt. Die auf Grund derselben er-
lassenen Reichsgesetze sind loyal durchzuführen,
ebenso wie wir die lokale Durchführung
des Abkommens von unseren Gegnern erwar-
ten. Die Regierung wird es sich angelegen
sein lassen, die Auswirkung der übernommenen
Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu
überwachen und die als notwendig er-
weisenden Abänderungen zu erreichen. Die
Aufnahme in den Völkerverbund soll entsprechend
der im deutschen Memorandum niedergelegten
Auffassung einkreist werden.

3. Bei der Lastenverteilung in Ausführung
der bezeichneten Gesetze soll der Maßstab der
Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerech-
tigkeit angewendet werden. Die bestehenden
Finanzgesetze aber sollen nach diesen Gesicht-
punkten durchgearbeitet werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der
Regierung wird es betrachtet, die sozialen
Leistungen den Bedürfnissen entsprechend zu

steigern, sobald es die finanzielle Lage des
Reiches irgendwie zuläßt.

5. In der Wirtschaftspolitik wird mögliche
Steigerung der Produktion und des Nutzungs-
grades der Arbeit angestrebt werden, um die
internationale Kredit- und Wettbewerbsfähig-
keit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie
sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt
der Reparationsbelastung unerlässlich ist. Aus-
gehend vom Grundsatz der wirtschaftlichen Frei-
heit werden staatliche Eingriffe nur insoweit
in Betracht kommen, als sie notwendig er-
scheinen, um eine schädliche Unterdrückung der
Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzu-
wehren. Bei Lösung der bevorstehenden
außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der
Stärkung der inländischen Produktion gleich-
zeitig auf die mögliche Förderung der Aus-
fuhr auf dem Boden der Gegenseitigkeit und
Meistbegünstigung unter tunlichster Schonung
des Verbrauchers hingearbeitet werden.

Im preußischen Landtag

wurde Mittwoch die Beratung des Haushalts
des Ministeriums des Innern und zwar bei
den Besprechungen der Angelegenheiten der
Polizei, fortgesetzt. Abg. Pöhlke (Dt. Hann.)
erklärt, die Polizei dürfe auf keinen Fall
parteilich eingestellt sein. — Abg. Bar-
fels (Dem.): Durch die Neuorganisation der
Polizei sei ein großes Werk vollbracht wor-
den, für dessen Durchführung allen Beteiligten
Dank gebühre. Die gesamte Befolgung der
Polizei müsse nachgeprüft werden. — Mi-
nister des Innern Severing ist mit
sämtlichen Vorrednern der Meinung, daß die
Polizei ihre hohe Aufgabe der Sicherung der
Einzelnen und des Staatsganzen nur erfüllen
kann, wenn sie wirtschaftlich gut gestellt ist.
Den Beweis dafür, daß die Polizei zu partei-
politischen Zwecken mißbraucht worden sei, hat
der Abgeordnete Pöhlke nicht erbracht. Ich
spreche allen Volkselementen, die ihre Pflicht
getan haben, den Dank und die Anerkennung
der Staatsregierung aus. Ich habe in den
letzten Tagen Anweisung gegeben, der wirt-
schaftlichen Agitation schärfer als bisher gegen-
überzutreten. Wenn der frühere Herzog von
Braunschweig taktlos genug ist, diese Zeit der
politischen Notlage zu verschlimmern, so kann
er sich nicht wundern, wenn die Polizei ihn
überwacht. Was ist aus dem schönen Han-
nover im Vorjahre und auch in diesem Jahre
geworden. Alles, was sich im besetzten Gebiet
nicht hat ausleben können, ist nach Hannover ge-
gangen. In Verfolg dieser Entwicklung hat
das Innenministerium in Hannover zugenommen.
Bei Hungerrevolten haben die Schutzpolizei-
beamten die Umsehung nach erfolgloser güt-
licher Aufforderung zum Auseinandergehen
scharf einschreiten. Die Koalitionsfreiheit der
Beamten aufzuheben, bin ich nicht in der Lage,
aber Auswüchse können natürlich nicht geduldet
werden. Die Schutzpolizei hat bei jeder Ge-
legenheit ihre Pflicht getan. — In der wei-
teren Debatte trägt der Abg. Dahlen (Komm.)
eine Reihe einzelner Beschwerden vor. Seve-
ring und seine Leute pfeifen auf die Demo-
katie, sie sollten das aber wenigstens christlich
eingestehen. — Innenminister Severing
stellt fest, daß der Abg. Dahlen selbst aus-
geführt habe, daß einzelne Fälle von Miß-
handlungen durch die Polizei nicht verallge-
meinert werden dürfen. „Ich verurteile die
Mißhandlung wehrloser Gefangener durchaus;
das sind Feiglinge, aber gerade die Kommuni-
sten haben am wenigsten Grund, sich darüber
zu beschweren. (Wurm bei den Komm.)
Das Ministergehalt wird sodann gegen die
Deutschnationalen und Kommunisten bewilligt.

Eine schwere Niederlage des Kabinetts Macdonald.

(W) Die englische Regierung ist
gestürzt worden. Nachdem im gestrigen Un-
terhause der konservative Aidesantrag mit 359
gegen 198 Stimmen abgelehnt worden war,
wurde der liberale Antrag, der eine
Untersuchung fordert, mit 364
gegen 193 Stimmen angenommen.

Nach einer Neutermeldung scheint die Auf-
lösung des Unterhauses, infolge der Niederlage
der Regierung unvermeidbar.

In der Unterhausdebatte hatte der Minister-
präsident erklärt, daß wenn das Haus dem
konservativen oder liberalen An-
trage zustimme, die Regierung
gehen würde. Es wurde das Ende einer
Regierung sein, die dem Lande viel Gutes
brachte, kurz darauf aber würde die
Regierung wieder zum Amt kom-
men.

Der Beamtenabbau bei den Reichs- behörden.

(W) Vom 1. April bis 30. Juni sind
nach einer Uebersicht des Reichsfinanzmini-
steriums bei den Reichsbehörden einschließlich der
Betriebsverwaltungen, der Reichspost, der
Reichsbahn und der Reichsdruckerei 5654 plan-
mäßige Beamte, 1110 außerplanmäßige und
14 Beamte im Vorbereitungsdienst entlas-
sen, 261 planmäßige, 101 außerplanmäßige
Beamte und 10 Beamte im Vorbereitungsdienst
sind neu eingestellt worden. Von
den im Reichsdienst befindlichen Angestellten
sind in demselben Zeitraum 2615 entlas-
sen und 610 neu eingestellt worden. An
Verwaltungs- und Betriebsbeamten sind in
dem gleichen Zeitraum 3141 entlassen und
7192 neu eingestellt worden.

Die Basch-Versammlung in Potsdam.

Die Versammlung der Liga für Menschen-
rechte in Potsdam, bei der der Franzose Basch
sprach, fand trotz der Demonstration der vater-
ländischen Verbände und der überwiegen-
den Teile der Potsdamer Bevölkerung statt. 90
Prozent der Teilnehmer waren jedoch Berliner
Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-
Gold. In der Hauptversammlung sprachen
Prof. Basch und der Vorsitzende der Liga für
Menschenrechte, der Franzose Buisson. — Bei
der allgemeinen Empörung, die in ganz Pots-
dam über die Versammlung herrschte, ist diese
nur dadurch ermöglicht worden, daß auf Be-
fehl des preussischen Innenministers außerordent-
lich starke Massen von Polizei herangezogen
worden waren, die das kleine Versammlungs-
lokal von außen hermetisch absperrten und die
entstrittenen Potsdamer fernhielten. Sämtliche
Besten größerer Säle in Potsdam hatten sich
geweigert, ihre Säle zu diesem Zweck herzu-
geben.

Das Auftreten des französischen Pazifisten.

Die Abgeordneten Buchhorn, Hoff-
mann (Küstenberg) und Held (D. Vp.) haben
im preussischen Landtag folgende kleine An-
frage eingebracht: „Das Auftreten des fran-
zösischen Pazifisten, Prof. Dr. Basch in
Potsdam, hat auf weite Kreise des preussisch-
deutschen Volkes wie eine Herausforde-
rung gewirkt. Denn Potsdam ist mehr
als jede andere Stadt eine Art Nationalheiligtum,
von dem aus Preußens Aufstieg in die
Welt begonnen hat. Dort, in dieser Zeit, da
die Geister von Hülben und drüben begreiflicher-
weise noch gegen einanderstehen, einen Fran-
zosen sprechen zu lassen, bezeugt einen bedauer-
lichen Mangel an Verständnis aller an dieser
Veranstaltung Beteiligten für die seelische Ein-
stellung unseres Volkes. Ist das Staatsmini-
sterium bereit, in Zukunft bei solchen
Sorgen zu tragen, daß das preussisch-
deutsche Nationalgefühl durch
derartige Herausforderungen nicht
wieder unnötig verletzt wird?“

Die Auslieferung verweigert.

(W) Nach einer Meldung aus Budapest
hat der Justizminister die Auslieferung von
Schulz, der bekanntlich der Teilnahme an dem
Erzbergerattentat bezichtigt wird, verweigert.

Wegen Beleidigung der Reichswehr

und ihrer vorgelegten Führer, wegen Aufre-
gung zu Widergesetzlichkeiten gegen obrigkeitliche
Anordnungen und zum Ungehorsam gegen Be-
fehle der Vorgesetzten hatte sich gestern vor dem
Schwurgericht München der verantwortliche
Schriftleiter Hans Müller vom Münch-
schen Kurier zu verantworten. Am 20.
3. 23. erschien ein Artikel, in dem u. a. ausge-
führt wurde, daß mit der Reichswehr ein Spiel
getrieben werde. Sie werde von ihren Vor-
geordneten und der Regierung mißbraucht. Der
Artikel forderte ferner die Soldaten auf, der
Ausbreitung des böllischen Gedankens in der
Reichswehr zum Siege zu verhelfen und Ein-
kehr zu halten. Der Angeklagte bekannte sich
verantwortlich für den Artikel. Das Urteil
lautete, anstelle einer verurteilten Gefängnis-
strafe von einem Monat, auf eine Gesamt-
geldstrafe von 1500 Mark.

Der letzte Probeflug des Z R 3 verschoben.

Das Luftschiff Z. R. 3 ist seit gestern fahr-
bereit. Die Führung wartet nur auf günstiges
Wetter um die Amerikafahrt anzutreten. Die
für gestern nachmittag angelegte Probefahrt
wurde im letzten Augenblick abgesagt, weil
die Witterungsverhältnisse ungeeignet waren.
Eine außerordentlich große Zahl von Zuschauern
die sich eingefunden hatten, um der letzten Probe-
fahrt beizuwohnen, mußte enttäuscht wieder um-
kehren. Voraussichtlich wird die Probefahrt
Donnerstag früh 7½ Uhr stattfinden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 9. Okt. (Verschiedenes.) Eine Expresskarte trat am 1. Oktober an Stelle der jetzigen Eisenbahnkarte. Sie hat oben und unten einen grünen Rand. Unten befindet sich ein Abschnitt für den Empfänger mit den Angaben über den Absender und dem Stempel der Versandstation. In der Karte selbst ist Raum für Beschriftungen, Erklärungen, den Leitungsweg usw. Rechts befindet sich ein Stamm der Versandstation. Auf der Rückseite stehen die wichtigsten Bestimmungen. Angenommen werden nur Gegenstände, die sich für den Gepäckwagen eignen. Auf eine Karte dürfen bis 5 Stück ausgeliefert werden. Expressgut wird nur freigegeben angenommen. Nachnahmen sind nicht zugelassen. Die jetzigen Karten können bis auf weiteres neben den neuen verwendet werden.

Denkschrift über die Umsatzbesteuerung.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzbesteuerung Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuerentwicklung seit 1916. Das deutsche System ist auf dem Grundgedanken der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer, der in Österreich eingeführten Pfaffenpauschalierung, der Kleinhandelssteuer und der sogenannten Siemensschen veredelten Umsatzsteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vor- und Nachteile ab, die sie im Verhältnis zu einander und zu dem deutschen System haben. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen nachdrücklich gerügten Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Belastung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesen Problemen kommt die Denkschrift in einem Schlusswort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteuereinkommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes beseitigt werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese Abnahme bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September 1924 begonnene Senkung fortgesetzt werden könne, hänge eng mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

(Stadt, Volkshochschule.) Ende dieses Monats wird die Stadt Volkshochschule ihren Betrieb wieder aufnehmen und damit vielfach geäußerten Wünschen nachkommen. Herr Dr. Jeller aus Hamm, hier jedenfalls von früher her noch bestens bekannt, wird in einer Vortragsreihe uns in eine Anzahl der besten Opern einführen. Wir werden Namen wie Beethoven, Mozart, Wagner, Strauss u. a. begegnen. Die Vorträge, die wir rund 10 Male umfassen; alle 14 Tage wird ein Vortrag in der Aula des hiesigen Gymnasiums stattfinden. Bei genügender Beteiligung kann der Eintrittspreis so niedrig gehalten werden, daß die Teilnahme einem jeden Bürger möglich ist. Soll doch das Honorar für alle 10 Abende 5 Mark nicht übersteigen. Um einen Überblick zu gewinnen, ist baldige Einzeichnung dringend erwünscht; Visten zum Eintragen liegen in der Geschäftsstelle der Kammerkassette auf, und außerdem werden Anmeldungen täglich von 11 bis 12 Uhr auf dem Dienstzimmer in der Josephschule entgegengenommen. Wegen einer weiteren Vortragsreihe schreiben sich Verhandlungen. Auch wissenschaftliche Einzelvorträge sind in Aussicht genommen. Der erste dieser Vorträge findet am 27. d. Mts. bereits statt. Der aus früheren Vorträgen noch im besten Andenken stehende Herr Dr. Stadthagen aus Berlin wird in einem Experimentalvortrag das Thema behandeln: „Olfaktische Phänomene“. Eintrittskarten sind im Vorverkauf an den oben bezeichneten Stellen schon jetzt zu haben und zwar zum Preise von 80 Pfg., während der Eintrittspreis an der Abendkasse 1 Mark beträgt. Näheres folgt demnach.

(Latein in den Realschulen.) Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beschloß der Kultusminister, in den Realschulen das Latein auch in Zukunft bis zur Reifeprüfung als Pflichtfach fortzuführen. Ferner beabsichtigt der Minister, an den Gymnasien den Unterricht in einer neuen Fremdsprache wieder in Quarta beginnen zu lassen, und zwar mit drei Stunden.

(Eine Staubmaske für die Gesteinsbauer in der Grube.) Die gesundheitschädliche Wirkung des Gesteinsstaubes zu beseitigen, lassen sich die Bergbauunternehmer, Bergbehörde und Grubenbesitzer am besten angehen. Auf diesem Gebiete kann jetzt von einem Fortschritt berichtet werden. Dem Bergbauangestellten Götz in Bochum ist es nach zweijährigen Versuchen gelungen, eine brauchbare Staubmaske für Gesteinsbauer zu erfinden. Ihr äußerer Rahmen ist aus leichtem Metall. Sie schließt Nase und Mund und sitzt bequem. Auch ist die Atmung nach längerem Tragen während der Arbeitszeit nicht behindert. Diese Staubmaske ist bereits auf mehreren Schachtanlagen ausprobiert worden. Das übereinstimmende Urteil der Besondereverwaltung und der Gesteinsbauer über die Staubmaske ist ein günstiges. Die Gesteinsbauer mehrerer Gruben des Bergbaues haben um ihre Einführung gebeten. Sie ist auf den Constantin-Schächten und auf Carolinenfeld 2/3 praktisch erprobt worden.

Das Urteil der Besondereverwaltung über die Verwendung dieses Schuttopparates sagt: „Der von Götz vorgelegte Staubapparat wurde auf den hiesigen Anlagen praktisch erprobt. Trotzdem sich die Leute in äußerst dichtem Gesteinsstaub bewegten, wurden sie von dem Staub nicht belästigt, die Leute haben den Apparat gern getragen und wünschen, daß derselbe bald eingeführt wird.“

Wasserkur, 9. Okt. Ueber die Denkmalsweihe in Wasserkur geht uns von einem Teilnehmer aus der Gemeinde noch folgender ergänzender Bericht zu: Schon lange trug man sich in Wasserkur mit dem Gedanken, den Toten des Weltkrieges ein Denkmal aufzurichten, das uns daran erinnern soll, was uns für jetzt und kommende Zeiten, für ewig das Schicksal und Heiligkeit sein muß, das Denken an die Tote und an das Blutopfer der in fremder Erde ruhenden Soldaten. Für unsere kleine Gemeinde war es in dieser schweren Zeit nicht leicht, ein würdiges Denkmal zu errichten. Aber trotz aller Hemmnisse steht doch jetzt in unserm Dorflein ein Gedenkstein, auf den Gemeinde und Erbauer stolz sein können. Der Bildhauer Herr Voedeker in Unna, der mit der Ausführung des Planes beauftragt war, hat unserer Gemeinde ein Denkmal geliefert, das einzigartig in seiner Ausführung ist, das über alles Erwarten uneingeschränkt Lob findet. Als dann der 5. Oktober als Gedenktermin bestimmt wurde, ging man an die Vorbereitung der Feier, deren Hauptteil in dankenswerter Weise der Krieger- und Landwehrverein Wasserkur und auch Herr Voedeker übernahmen. Und so flatterte dann am 5. Oktober, morgens in aller Frühe, die alten schwarz-weiß-roten Fahnen rings um den verhängten Stein, treu wie die Träger der Namen auf dem Gedenkstein, die für sie in den Tod gingen. Nach dem morgens im Saale des Herrn Schulte-Kemninghausen die Delegiertenversammlung des Kreisriegerverbandes Hamm gesagt hatte und um 1 Uhr beim Herrn Scheer das gemeinsame Mittagessen eingenommen war, begann die eigentliche Gedächtnisfeier mit dem Empfang der fremden Vereine. 14 Kriegervereine und eine Weiterabteilung des Kreisvereins Wehrer waren in stattlicher Zahl erschienen, dazu sämtliche Vereine der Gemeinde Wasserkur. Ein gewaltiger Festzug, wie ihn unsere Gemeinde wohl kaum je gesehen hat, setzte sich bei der Wertschätzung des Herrn Scheer in Bewegung zum Markt nach dem Gedenkstein, der an der Begegnung Maffen-Werder, mitten im Dorfe einen Platz erhalten, wie man ihn früher nicht ausfindig machen konnte; denn jeder, der unsere Gemeinde passiert, muß hier vorbei und wird erinnert an eine große Zeit, an Treue und Heldentum. Zu bemerken sei, daß dieser Platz hochherzig vom Landwirt Herrn Steinhilf unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden ist. Während sich der Festzug durch die Straßen bewegte, hatte sich eine gewaltige Zuschauermenge zusammengefaßt. (Ueber die Feier selbst haben wir gestern ausführlich berichtet.) Mögen wir doch nie vergessen, daß Menschen um unserwillen einmal ins Feldgezogen sind, daß unsere Tagezeiten voll waren von Anzeichen gefallener Kämpfer! Gedächtnis vor uns nicht daran, das Bild des Kriegers vor unserm geistigen Auge erlöschen zu lassen! Erhalten wir es uns unser Leben lang in seinen grausamen Farben frisch vor Augen, mit seinen Wunden und Entbehrungen, mit seinen Bemühungen und Sterben! Naht unser Seele durch innernäherndes Mitfühlen und Mitleiden sich rühren und erschauern, sich rein, groß und stark machen, damit wir der Heldenopfer würdig unser Leben führen und voll ehrenhaften Dranges unser Volk zur Läuterung hinaufführen in ferne, lichte Höhen und Weiten!

Dortmund, 7. Okt. (Mittlung der Sparer.) Auf Veranlassung der von Herrn Prof. Dr. Eustach Weyer, Heidelberg, Handelshochschule Mannheim, vor den Delegierten des Hypothekengläubiger- und Sparverbandes, Ortsgruppe Dortmund und umliegende Städte, sowie in verschiedenen größeren westfälischen Städten gehaltenen Vorträge über die Aufwertungsfrage wurde folgende Entschließung gefaßt und an die maßgebenden Stellen des Aufwertungs-ausschusses und der Regierung sowie den Reichsrat gefandt: 1. Wir fordern die sofortige rückwirkende Aufhebung der dritten Steuernotverordnung durch schnellste Entschließung der Reichstagsparlament, da die Schulden durch Abwertung der Gläubiger auf Grund der Verordnung fortwährend den größten Wucher treiben. 2. Wir fordern, daß durch den Aufwertungs-ausschuss als erstes Problem die Aufwertung der Hypotheken, welche Private, Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaften und andere Kredit- und Sparanstalten vergeben haben, als tragende Grundlage der Aufwertung der von ihnen angelegten Spargelder ebenso der Industrieobligationen vorausbehandelt wird. Die Aufwertung der Hypotheken kann sofort von greifbaren und belebungsfähigen Realwerten der gewaltigen Gesamtvermögen ausgehen und durch unmittelbare Wiederbelebung der Wirtschaft die Steuerkraft haben und dadurch die Grundlage für die Aufwertung der öffentlichen Schulden tragen helfen und erheblich verbessern. 3. Wir fordern, daß Herr Professor Dr. Eustach Weyer, Heidelberg, Handelshochschule Mannheim, als Sachverständiger von dem Aufwertungs-ausschuss gehört wird, da er durch seine langjährige Tätigkeit als Hypothekendarlehen-Mathematiker und Dozent für Realwertweisen als hervorragender Kenner der Aufwertungsfrage erhebliche sachliche Dienste bei der Lösung derselben zu leisten in der Lage ist.

Dortmund, 8. Oktober. (Verschiedenes.) Die vom städt. städtischen Amte auf Grund der Bevölkerungsfortschreibung errechnete Einwohnerzahl Dortmunds stellte sich am 1. September auf 818 726. Das ist dem Stande vom 1. August gegenüber (818 800) ein weiterer Bevölkerungsanstieg von 164 Personen. Die rückläufige Bewegung im Stande der Bevölkerung, die sich erstmalig im Januar 1923 bemerkbar machte und bis jetzt ununterbrochen anhält, hat zu einem Gesamtbevölkerungsab-

lust von mehr als 9000 Seelen geführt. Der Rückgang durch Abwanderung scheint nach den Beobachtungen der letzten Monate langsam zum Stillstand zu kommen. Bei weiterer Festigung der politischen Lage sowie bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung dürfte in nächster Zeit mit einer Zunahme der Bevölkerung zu rechnen sein. Die berechnete Verhältniszahl der Sterbefälle auf je 1000 Einwohner und ein Jahr stellt sich auf 9,5. 5 Personen endeten durch Selbstmord. — Die städt. Nachrichtsstelle teilt mit, daß der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, dem Preussischen Staatsministerium als Termin für die Neuwahl der Stadtvorordnetenversammlung den 7. Dezember ds. Js. vorzuschlagen. — In einem Hause an der Rheinischenstraße wurde ein Dienstmädchen im Schlafjimmer tot aufgefunden. Der Tod ist durch Leuchtgasvergiftung erfolgt. Die Untersuchung des Falles ist noch im Gange. — Beim Fensterputzen stürzte die Ehefrau Clara Holzhauser aus dem Fenster. Sie erlitt einen Schädelbruch und starb sofort. — Montag nachmittag wurde im Felsenbaumwald eine unbekannte männliche Person an einem Baumast erhängt aufgefunden. Die Leiche wurde zum Ofenfriedhof geschafft. Der Tote scheint dem Arbeiterstande anzugehören. Alter der Person etwa 25 bis 28 Jahre. — Gestern nachmittag erfolgte an der Gutenbergstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Renault und einem Straßenbahnwagen der Söbder Linie, wobei es auf beiden Seiten Sachbeschädigungen gab.

Geisese, 8. Okt. Die Untersuchung in der großen Eisenbahndiebstahlsache kann als abgeschlossen betrachtet werden. Gegen 30 Personen von hier, Nächstendorf und Umgegend, darunter zahlreiche Eisenbahner, ist Anklage wegen fortgesetzter Verübung von Eisenbahndiebstahls erhoben worden. Die Diebstahls gehen bis in das Jahr 1918 zurück und reichen bis in den Juli dieses Jahres hinein. Gestohlen wurde alles, was nicht nicht- und nagelfest war, vor allen Dingen Lebensmittel und Kleider. Unter den Dieben befinden sich Leute, die über 20 Jahre und noch länger bei der Eisenbahn tätig gewesen sind.

Hagen, 8. Okt. Die 3. Westfälische Weltausbauungswoche nahm hier ihren Anfang. Pastor Müller aus Schwefel bei Soest, Leiter der Veranstaltung, zeigte an Hand des 42. Psalmes die religiöse Not des modernen Menschen. Die Eröffnungsvorlesung hielt Dr. Schymmer über „Das Christusbild im Wandel der Zeiten“. Zur Begrüßungsvorlesung waren Vertreter der Kirche, Universitäten, Behörden, Schulen usw. erschienen. Universitätsprofessor Dr. Herrmann sprach über nationale und internationale Religion. In dieser Woche findet hier die Tagung des Westfälischen Provinzialverbandes des evangelischen Bundes statt.

Hagen, 8. Okt. In dem bereits gemeldeten Straßenbahnüberfall wird noch gemeldet, daß dem Fahrgast 62 Mark aus der Brusttasche und dem Schaffner 6 Mark aus der Geldtasche abgenommen sind. Der Schaffner hatte den allergrößten Teil der Einnahme anderwärts verstreut und in der Tasche nur Wechselgeld gelassen. Die Räuber, die in Hohenlimburg eingestiegen waren, gaben sich anfangs den Anschein als Betrunkene und behaupteten, kein Fahrgeld zu haben. Sie stritten sich nun mit dem Schaffner so lange herum, bis der Wagen am alten Steinbruch war, worauf sie dann durch plötzliches Vorhalten der Revolver den Fahrgast und den Schaffner zwangen, ihnen die Gelder abzuliefern. Der Führer wurde ebenso gezwungen, weiterzufahren. Die Räuber fuhren bis zum Hammacher mit, wo sie an der Steigung abharrten und dem Wagen noch einige Warnungsschüsse nachschickten. Sie werden als frächtige, in den 20er Jahren stehende Burken gefesselt. Der verwegene Raubüberfall dürfte in der Geschichte der Straßenbahn wohl einzig dastehen. Er wirft ein grelles Schlaglicht auf eine gewisse Unsicherheit in den Unbegünstigten, auf die Straßenbahngesellschaft durch Ergreifung von Schutzmaßnahmen wird gebührend Rücksicht nehmen müssen. Zur Verhütung der Fahrgäste aber wird es wesentlich beitragen, wenn es der Polizei recht bald gelingt, der gemeingefährlichen Banditen habhaft zu werden.

Hagen, 8. Okt. (Der Freiseur im Löwenkäfig.) Infolge einer Wette hatte sich ein hiesiger Freiseur verpflichtet, den Dompteur im Zirkus Henry im Löwenkäfig zu rassistieren. Die Wette wurde ausgetragen, doch hatte sich der Freiseur reichlich Mut angeeignet, so daß der Dompteur mehr Angst vor dessen Messer als vor seinen sechs Löwen haben mußte.

Herbede, 8. Okt. (Schredlicher Unglücksfall.) Der Sohn des Klempnermeisters Ribbenor von hier stürzte bei Ausführung von Reparaturen vom Dach und fiel auf einen Eisengast. Eine Spitze des Baumes durchbohrte ihm den Hals. So hing der Unglückliche, bis er aus seiner gefährlichen Lage befreit wurde. Vermunungslos wurde er ins Hageners Krankenhaus geschafft. Die Hauptader ist zwar nicht getroffen, doch ist die Lage des Unglücklichen sehr ernst.

Herbede, 8. Okt. (Die Lohnkiste als Liegenstut.) Einem Bahnarbeiter von hier passierte eine heitere Geschichte, die allerdings für ihn hätte trüber ausfallen können. Er hat Wohnung gehabt und seine Lohnkiste befreit, die in der Nacht gestohlen wurde. Zu Hause angekommen, legt er den Kopf auf einen Stuhl und will sich zum Ausgang ins Haus fertig machen. Er ist mit seinen Gedanken schon so sehr mit Heuenden beschäftigt, daß er seine Umgebung vergißt, — bis ihm seine Tochter fragte: „Papa, was hast du in der Nachtstube?“ „Die Lohnkiste. Wieso?“ „Die — hat unsere Stube schon aufgefressen!“ Im Nu sind Mann und Frau bei der Unglücksache, sperren ihr das Maul weit auf und versuchen, dem Tiere die „teure“ Lohnkiste wie-

der zu „entziehen“. Der Frau gelingt es, dem auch glücklich, „Hückeweise“ dem Tiere das kostbare Futter zu entziehen. — Der Bahnarbeiter hatte das Glück, am anderen Tage schon die von seiner Biene zerrißene Geldscheine von der Reichsbank ersetzt zu bekommen.

Münster, 7. Okt. (Am Kampfe um die Jugend.) Der Provinzialvorstand der westfälischen Windhorstbünde erläßt einen Aufruf zur Sammlung der katholischen Jugend Westfalens. Die Jugend wird gewarnt vor den rechtsradikalen „Jugend- und Frontverbänden (dem Jungdeutschen Orden, dem Stahlhelm, dem Wermolt, dem Westfalentrund), die als Horte eines unchristlichen Chauvinismus und eines neugermanischen Heidentums bezeichnet werden, sowie vor den sozialistischen und kommunistischen Organisationen, die den unchristlichen Jenseitsglauben nicht ersehen könnten. Die Idee der Jugend gegenwärtigen Staat, an dem die Zentrumsführer in Weimar tatkraftig mitgearbeitet hätten, müsse den Grundlag im politischen Leben der katholischen Jugend bilden. In jedem Ort Westfalens soll ein Windhorstbünd gegründet werden, der die Jugend leiten soll. Am 18. und 19. Oktober soll in Münster eine Westfalentagung stattfinden, auf der man sich über Gedanken und Ziele der Bünde aussprechen soll. Zugleich richtet der Vorstand der Windhorstbünde eine Entschließung an den Vorstand der westfälischen Zentrumspartei, worin er seine zustimmende Einstellung zum heutigen Staat scharf betont.

Münster, 4. Okt. Ein Vauernfänger im wahren Sinne des Wortes hatte sich vor dem Großen Schöffengericht in Münster zu verantworten. Im Februar dieses Jahres, als die Landwirte überall flüssiges Geld dringend nötig hatten, machte sich der Viehhändler Johann von Namen auf den Weg und kaufte bei etwa 14 Landwirten in der Umgegend Münsters alles Vieh zusammen, was er bekommen konnte. Den Landwirten, die ihn von früheren Geschäften her kannten, versprach er, das Geld in wenigen Tagen zu bringen, nachdem er die Ware auf dem Viehmarkt in Essen verkauft habe. Ingesamt hatte von Namen etwa für 15 000 Goldmark Vieh gekauft, das er dann nach Essen verfuhr und dort auch verkaufte. Nach Münster zurückgekehrt, erzählte er seinen Gläubigern eine abenteuerliche Geschichte von einem Raubüberfall in Essen, bei dem ihm seine Akteitsche mit dem gesamten Erlös des verkauften Viehs abhanden gekommen sei. Wie zwei geladene Kriminalbeamte aus Essen bezeugen, hat der Angeklagte tatsächlich einen solchen Raubüberfall zur Anzeige gebracht. Danach ist er mit einem bekannten Viehhändler in einem verächtlichen Lokal eingekerkert, in dem die Verbrecher und Halbwelt Essens verkehrte. Beim Verlassen des Lokals will er auf der Straße überfallen und beraubt worden sein. Die Staatsanwaltschaft glaubt dem Angeklagten nicht und nimmt an, daß der Überfall fingiert war. Ein Zeuge sagt aus, daß der Angeklagte schon früher diesen Betrug geplant und zu ihm davon gesprochen habe. Außerdem wurde an dem in Frage kommenden Tage in Essen nur Schlachthof verkauft, während v. N. auch tragende Tiere und sogar wertvolle Pferde aufgekauft hatte. — Der Angeklagte wurde schuldig des Betruges in 14 Fällen erkannt und zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Solingen, 9. Okt. Die Verluste des Lebensmittelamtes bei der Brotverforgung im vergangenen Herbst belaufen sich nach Feststellungen der Verwaltung auf etwa 80 000 Mk. Die Verluste sind dadurch entstanden, daß die Stadt Solingen damals auf den Rat der Behörden größere Getreidemengen aufkaufte, um den Gefahren eines Mangels an Brot vorzubeugen. Diese Käufe wurden in Papiermarkt getätigt und fielen gerade in die Zeit der Markstabilisierung. Einen Antrag auf Beteiligung an dem Verlust hat die Getreidebestelle abgelehnt.

Upladen, 6. Oktober. (Immer wieder Vergiftungen.) Nachdem wir noch vor einigen Tagen von mehreren Fällen von Vergiftungen berichtet konnten, mußte wieder eine Frau aus dem benachbarten Schlebusch ins Krankenhaus nach Köln geschafft werden. Sie hatte in einer Konditorei in Köln ein Stück Kuchen gegessen und erkrankte kurz danach an Vergiftungserscheinungen. Der Zustand der Frau ist bedenklich.

Ulsburg, 2. Okt. Ein interessanter Prozess kam vor der hiesigen Strafkammer als Berufungsinstanz zur Verhandlung. Der Hombörsch und Hypothekensachverständiger Hülls aus Ulsburg hatte gegen seine Berufung zum Hypothekensachverständigen wegen Mißbrauchs der Hypothekensachverständigen eingelegt. Nach dem ersten Urteil soll Hülls minderjährige Mädchen eingeschleust und sich dann an ihnen vergewaltigt haben. Die Verhandlungen sind ein Beispiel dafür, welche Verheerungen unverständliche Wissenschaft anrichten kann. Hülls hatte einen wissenschaftlichen Verein unter dem Namen „Prana“ gegründet, der angeblich die „offiziellen Wissenschaften“ fördern sollte. Eine Hypothekensachverständigen hatte damals einen ganzen Stadtteil heimgeführt. Die Zeugenausagen gaben kein ganz klares Bild. Mehrfach wurde von minderjährigen Mädchen ausgesagt, sie wären von Hülls hypnotisiert worden, um sie seinen Willen gefügig zu machen. Andere Zeugen widerriefen frühere Aussagen und wollten sich überhaupt an nichts erinnern. Hülls bestritt durch alles und erklärte, daß die Zeugen durch posthypnotische Suggestion beeinflusst seien, gegen ihn auszusagen. Der Vater einer Zeugin erklärte aber, er hätte das Mädchen nur hypnotisiert, um sie der Macht des Hülls zu entziehen. Sehr hart belästet wurde Hülls durch die Eltern eines 13jährigen Mädchens, denen gegenüber er seine Verfehlungen zugab und Entschuldigungen suchte. Das Mädchen hatte, Hülls bestritt auch dieses. Das Gericht gelangte trotzdem zu der Überzeugung, daß der Schuld des Angeklagten und erkannte auf Verurteilung der Verurteilung.

interessante Straßenszene.
Umkleekabine. Die
Süßsüß aus Duit
beziehung zu Duit
auch der Duit
Süßsüß dem ersten
Mädchen ein
men vergangen
und ein Beispiel
unverstanden
Süßsüß hatte eine
dem Namen
ich die „offene“
ste. Eine Duit
einen ganz
auszusagen gab
ich wurde von
sagt, sie wäre
um sie seine
Andere Jungs
und wollten f
Süßsüß befr
Zeugen dur
einflußt sein
Vater ein
e das Mädch
Macht des D
t wurde D
igen Mädch
entschlungen
Verzehrung
ich dieses. D
er Verzeugun
und extam

Steuerliche Wünsche des Hansabundes

Der Hansabund hat eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gemacht, in der wesentliche Erleichterungen der Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie Zwischensbilanzen für das 1. Halbjahr 1922 Betriebsverluste oder nur einen unverhältnismäßig geringen Gewinn ausweisen, verlangt werden. Weiterhin fordert die Eingabe allgemein die Abzugsfähigkeit der Ertragssteuer und Verbrauchssteuern sowie bei den nichtfin-

adeln zu gestehen. Letztere werden aber in festesten Hällen in einem Negligé zu finden sein. Es waren doch die Verbandsläden in Mainz-Hauptbahnhof und Mainz-Süd, wo sich bei dem Unfall herausstellte, vollkommen leer. Entgegen einem französischen Bericht versuchte niemand vom deutschen Zupersonal der Vernehmung zu entziehen, vielmehr wurden sie bereits an dem den Unfall folgenden Tag vernommen, nur weigerten sie sich, was durchaus verständlich und richtig ist, das französische abgeerbte Protokoll zu unterschreiben, weil es kennt die den Widerstand an. Zum gegenüber erhebe sie eine Reihe von Bedenken, macht Veränderungsvorschläge. Vom deutschen Standpunkt aus erachtet sie besonders Gleichberechtigung aller Mitglieder des Bundes und Lösung der Bundesangelegenheiten von den Friedensverträgen. Sie hält es eine besondere Aufgabe Deutschlands die Entwicklung des Schiedsverfahrens zu fördern und betrachtet zur Wiederherstellung Deutschlands gleichberechtigter Stellung in der Völkergemeinschaft die Klärung der Schuldfrage

schäft „Frohfinn“ kamen hatte
Freunde und Gönner am Sonntag zu einem
Theaterabend im Saale des Herrn Starke
geladen. Der Abend war von vornherein
ein gelungener zu betrachten, denn die Oper
„Der Weg ins Paradies“ hatte viele Zuschauer
angezogen. Aber nicht allein das Werk sei-
sondern auch der Name des Vereins war a-
usfallgebend. Kann man die Operette auch
als Mittelwerk ansehen, so muß man doch
Betracht ziehen, daß die Aufführung den
Dilettanten geschah und dieses immerhin
gewagtes Spiel war. Das Können der Spi-
verbürgte aber ein gutes Gelingen. Von
einseln Leistungen sei besonders hervor-
gehoben Herr Paul Stöckede als Wob-
Maupouder. In Mink und auch gelang
war er sehr gut, er verstand es, alle
sucher auf seine Seite zu bekommen. Die ge-
Anerkennung verdient Frau Kloth als Mi-
die sich ganz in ihre Rolle hineingepielt hat
Fritz Stöckede als Privatus hatte
festen Willen, sein Bestes zu geben. Er ha-
sich jedoch vor allen Dingen mehr dem
seiner Rolle anpassen müssen. Besonders
vorzuziehen ist außerdem Frau Stöckede.
übrigen Darsteller mögen sich mit einem be-
marlichen Lob begnügen. Der große Be-
den das Stück und die Darsteller fanden,
der beste Beweis für das gute Können
Gelingen.

Besonders vorteilhafte Angebote!

Rüchenwäſche

Gerstenkorn-Handtuch	45/100 cm, gef. u. geb. mit rot. Rand, schw. Qual. St	0.65
Drell-Handtuch	45/100 cm, grau gestreift, gesäumt und gebändert, ganz vorzügliches Gebrauchstuch, Stild	0.65
Drell-Handtuch	weiß, 45/100 cm, gef. u. geb. ganz vorz. Qual. Stild	0.70
Drell-Handtuch	45/100 cm, weiß u. rot gefärbt, gef. u. geb., v. vorz. Qual. St.	0.80
Gerstenkorn-Handtuch	45/100 cm, weiß und rot gestreift, gesäumt und gebändert, sehr gute Fabrikat Stild	0.95
Drell-Handtuch	46/100 cm, ganz weiß erstes Fabrilat Stild	1.10
Räder-Handtuch	46/100 cm, rein mit rotem Rand, gesäumt und gebän- dert, ganz vorzügliches Ware Stild	1.20
Drell-Handtuch	48/100 cm, Halb- leinen, grau gestreift, sehr schw. Qual. St.	1.20
Gerstenkorn-Handtuch	48/100 cm, Halb- leinen, gesäumt und gebändert, mit rot. Rand, äußerst schw. Ware St. 1.35	1.20
Wischluch	50/50 cm, rot far gef. u. geb., sehr gute Qualität St.	0.40
Räder-Wischluch	56/56 cm, rot far, gef. u. geb., schwere Ware Stild	0.50
Gerstenkorn-Wischluch	58/58 cm rot far., gef. u. aeb., a. eta. Web. St.	0.55
Halbleinen-Wischluch	60/60 cm, rot u. bl. far., gef. u. geb., f. schw. Qual. St.	0.65
Wischluch	56/80 cm, rot kariert, schw. Panama-Gewebe, gef. u. gebünd. St.	0.70
Bettwäiche		
Rissen-Bezug	mit Glanzgarn-Bogen für Kinderbetten Stild	0.95
Rissen-Bezug	80/80 cm, aus bestem Nessel Stild	1.30
Rissen-Bezug	80/80 cm, ausgehäht, sehr gute feinfädige Ware Stild	1.95
Rissen-Bezug	80/80 cm, aus schwer. Cretonne Stild	1.60
Rissen-Bezug	80/80 cm, aus gutem Renforce, 6 Fädh. u. Fest.-Durchf. St.	2.80
Bettuch	16 /200 cm, aus schwerem Cretonne Stild	5.50
Bettuch	160/225 cm aus schwerem Austausch Stild	5.75
Bettuch	160/225 cm, aus bestem Stuchluch Stild	7.50
Halbleinen-Bettuch	160/225 cm schwere Qualität Stild	7.80
Rein-Leinen-Bettuch	160/225 cm schwere Qualität Stild	10.20
Bettbezug	140/200 cm, aus bestem Renforce Stild 9.50 130/200	8.75
Bettbezug	160/200 cm, aus bestem Nessel Stild	7.50
Damast-Bettbezug	130/200 cm, erste Fabrikate, gefb. u. geftr., St. 10.90	9.75
Damast-Bettbezug	160/200 cm, erste Fabr., gefb. u. geftr. St. 15.75, 14.50	12.75
Simofen-Bettbezug	160/200 cm, schwere Qualität St. 11.50 140/200 cm	9.90

Leinen- u. Baumwollwaren

Nessel ca. 80 cm breit, schwere Qualität	Meter	0.52
Nessel ca. 80 cm breit, sehr schwere griffige Ware	Meter	0.65
Nessel ca. 80 cm breit beutes weiffächliges Erzeugnis	Meter	0.70
Semdentuch ca. 80 cm breit, sehr gute feinfädige Wäsche-Qual.	Meter	0.65
Semdentuch ca. 80 cm breit, beste Wäsche-Qualität, vorzögl. Ware, Mtr.		0.80
Semdentuch ca. 80 cm breit feinste Renforcé-Qualität	Meter	0.95
Linon ca. 81 cm breit, ganz vorzögl. Bett- und Leibwäsche-Qualität, Meter		0.75
Macco imit. ca. 80 cm breit, für Leibwäsche, sehr gut. Qual. Mtr. 1.20		1.10
Macco ca. 80 cm breit, aus best. ägypt. Baumwolle, best. Erzeugnis, Mtr. 1.40		1.30
Renforcé ca. 130 cm breit beste Bettwäsche-Qualität	Meter	1.60
Cretonne ca. 130 cm breit, beste Bettwäsche-Qualität	Meter	1.85
Renforcé ca. 130 cm breit. beste Bettwäsche-Qualität	Meter	1.95
Saustuch schwere weiff. Bettwäsche-Qualität ca. 80 cm ca. 140 cm ca. 160 cm ca. 181 cm bre		
Mtr. 1.40 Mtr. 2.10 1.90 Mtr. 2.30 Mtr. 2.60		
Salbleinen erstes weiff. Bettwäsche-Erzeugnis ca. 80 cm ca. 140 cm ca. 160 cm breit		
Mtr. 1.80 Mtr. 2.30 Mtr. 3.30		
Bettdamast ca. 80 cm breit, erstes Erzeugnis, gebf. Mtr. 1.30, gestr. Mtr.		1.10
Bettdamast ca. 100 cm breit erstes gebf. Erzeugnis	Meter	1.85
Bettdamast ca. 180 cm breit, sehr gute gestreifte Qualität	Meter	2.25
Bettdamast ca. 135 cm breit, erstes Erzeugnis gebf. Mtr.	Meter	2.60
Bettdamast erst. Fabrik., ca. 160 cm breit, gebf. Mtr. 3.75, gestreift Meter		2.95
Damast ca. 160 cm breit, erst. schief. gebfl. Erzeugn., f. Tischl. Mtr.		3.10
Piqué ca. 80 cm breit, schwere weiffe Ware, für Nachtladen, aemult. Mtr.		1.25

Sandstichstoffe

Handlung-Gebild	feite Qualität aus eigener Weberei	Meter	0.42
Gerkentorn	ca. 45 cm breit, mit rot. Rand, schwere Qualität	Meter	0.55
Gerkentorn	ca. 45 cm breit, griffige Qualität, mit rotem Rand	Meter	0.60
Gebild	ca. 45 cm breit, m. rotem Rand und Streifen, schwere Ware	Meter	0.65
Wischtauchgebild	Halbleinen, rot kariert, sehr gute Qualität	Meter	0.95
Halbleinen-Gerkentorn	weiß mit rotem Rand, äußerst Qualität	schwere Meter	1.20
Gebild	ca. 45 cm breit, weiß mit roter Vordrüse, schwere griffige Ware	Meter	0.70

Fischwäsche

Künnler-Decke	73/80 cm, bedruckt, einladende neue Muster	Stück	2.80
Künnler-Decke	90/90 cm, bedruckt, garantiert echte Farben	Stück	3.50
Künnler-Areh-Decke	neue Muster 120/160 cm 13.50, 130/180		9.50
Künnler-Druck-Decke	garantiert echte Farben, neue Muster	Stück	10.90
Ziichtuch	130/130 cm, sehr gute Halb- leinen-Qualität	Stück	3.50
Ziichtuch	mit Vorbildre 130/160 cm, gute Qualität	Stück	3.50
Zebede	farbiger Grund mit farbigen Streifen	Stück	4.50
Ziichtuch	130/130 cm sehr gute Halb- leinen-Qualität	Stück	4.90
Ziichtuch	130/130 cm, sehr gute Halb- leinen-Qualität	Stück	5.50
Ziichtuch	180/160 cm, gguz vorzügliche Halbleinen-Qualität	Stück	6.50

Schlafdecken

Biber-Bettuch	weiß, 150/200 cm, mit rot. Rand, weiche schwere Ware,	4,60 u.	4 30
Biber-Bettuch	bunt, 180/200 cm sehr gute, schwere Körper-Ware	Stück	5 50
Schlafdecke	uni und Bordüre 150/200, zweifelt, schwere Ware	Stück	7 50
Sacguard-Decke	150/200, altbewährte Spezial-Qualität	Stück	8 50
Ein Posten Schlafdecken		Stück	2,95

Geidenstoffe

Wafchleide ca. 70 cm breit, für Sport- Blusen und Pyjamas Meter	2.75	Crepe de Chine-Drud ca. 107 cm breit, neueste Model-Göpfung, Mtr. 13.80	12.50
Wafchfamt ca. 84 cm breit, in hñb- schen Farben Meter	3.90	Crepe-Satin ca. 100 cm breit, fcharf- glänz, Modelleide, fchw. u. braun Mtr.	12.50
Damaffé ca. 85 cm br., Qualitätsware in mod. Farbftellung, Mtr. 6.75, 5.50,	4.50	Chiffon-Belvet ca. 70 cm br., flor., Röperware, fchwarz u. farbig Meter	8.90
Japon ca. 90 cm breit, für Lampen- fchirme, in fchönen Nñhtfarben Meter	5.90	Chiffon-Belvet-Drud ca. 80 cm breit, vornehme Modenzeit Meter	11.50
Meffaline ca. 85 cm breit, fchwarz, weiche, fließende Kleiderware Meter	6.50	Belour-Chiffon gr. Breite, eleg weiche Bare f. Gefellfchaftst. in hochm. Fb. Mtr.	13.80
Ducheffe-Meffaline ca. 85 cm breit, eleg. Kleiderware neue Herbst. Mtr. 8.00	7.50	Chiffon-Belvet ca. 110cm br. wunderb. weiche Kleiderware, in viel Farben Mtr.	15.50
Crepe de Chine 100 cm br., fchwere Qualitätsm., gr. Farbenfortiment Mtr.	8.50	Crepe-Marocain-Drud ca. 100 cm breit, aparte mod. Farbft. Mtr. 9.80	8.90
Zaffett-Chiffon ca 85 cm breit, fchw. und in modernen Farben Meter	8.50	Zaffett-Schöthen ca. 85 cm br., fchw.- weiß, neue Effeite für Stillkleider Mtr.	10.80
Seiden-Crep-Drud ca. 100 cm br., neumodifche Defjins Meter	7.80	Zaffett-Chiffon-Schöthen ca. 85 cm breit, hochm. Stellung u. Farb. Mtr. 12.50	11.80

Kleiderstoffe

Moderne Blumenstreifen ca. 70 cm breit, neue Muster, in guter Qual. Mtr.	1.45	Reinwoll. Rammingarn-Serge ca. 105 cm breit, schwarz, marine und alle modernen Farben Meter	4.90
Halbwoll. Mohair ca. 90 cm breit, schwarz u. marine, f. Alei. u. Blus. u. Mtr.	1.75	Reinwoll. Rammingarn ca. 130 cm br., weiche schöne Qual., n. in mar. Mtr.	5.25
Neue Blumenstreifen ca. 70 cm br. gute Halbwolle Meter	1.95	Reinwoll. Flausch ca. 130 cm breit, in schönen lebhaften Farben, für Kinder-mäntel Meter	5.50
Reinwoll. Flanell ca. 70 cm breit, moderne schöne Streifenmuster, in großer Auswahl Meter	2.90	Crepe-Marocain ca. 105 cm breit, gestreift, reinwoll. schwere Ware, Mtr.	5.90
Rockstreifen u. Karos ca. 105 cm br. mod. Muster, in guter halb. Qual. Mtr.	2.90	Reinwoll. Gabardine ca. 130 cm breit, gute weiche Ware, in schwarz u. vielen Farben Meter	6.90
Rockstreifen u. Karos ca. 105 cm br. beste Halbwoll. Ware, in gr. Auswahl. Mtr.	3.50	Bellinè ca. 110 cm breit, reinwoll. gute Qual., in allen mod. Farben Meter	7.80
Reinwollener Serge ca. 90 cm breit, in vielen neuen Farben Meter	3.75	Belour de laine ca. 130 cm br., rein. Wolle, mod. Schotten u. Streifen Mtr.	8.25
Reinwoll. Kleiderstoffe ca. 115 cm breit, vornehme moderne Streifen. Mtr.	3.90	Belour de laine ca. 130 cm breit, beste Qualität, einfarbig in sich gestreift Meter	9.75
Mantel-Flausch ca. 130 cm breit, reine Wolle, einfarbig Meter	3.90	Belour de laine ca. 130 cm breit, reinwoll. erstklass. Ware, schwarz, marine und in vielen Farben Meter	12.50
Pobeline ca. 105 cm breit, reinwollene Qualität, in mehreren Farben Meter	4.20	Belour de laine ca. 130 cm breit, die große Mode, in wunderbarer großer Auswahl Meter	16.50
Mantel-Flausch ca. 130 cm breit, reine Wolle, solcher Streifen Meter	4.50		
Reinwollener Rockstreifen ca. 105 cm breit, neue mod. Muster. Mtr.	4.50		

Prompte freie Zusendung durch unsere
Autos, durch die Bahn oder Post.

**Die größte Auswahl!
Die billigsten Preise!
Beste Qualitäten!**

Beim Einlauf in mehreren Abteilungen
verlangen Sie ein Gammelbuch, es
dient zu ihrer Bequemlichkeit.

Mitteleuropäische Wirtschafts-
tragen.

Eine Rede des früheren Reichskanzlers Dr.
Cuno in Budapest.

Einer Einladung der deutsch-ungarischen
Handelskammer in Budapest folgend hat der
frühere Reichskanzler Dr. Cuno dort einen Vor-
trag über mitteleuropäische Wirtschaftsfragen
und ihre Beziehungen zum Weltverkehr gehalten.
Zu dem Vortrag waren neben dem unga-
rischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen zahl-
reiche Minister, sowie Vertreter von Handel und
Industrie erschienen. Dr. Cuno führte u. a.
aus:

Das Damesgutachten ist ein Sieg
der angelsächsischen Wirtschafts-
methode über die Methode des Politikers
Gottschalk. Der Irrtum der Sieger-
länder war es, zu glauben, mit einem Frie-
densvertrage die wirtschaftlichen Beziehungen der
Welt aus ihren natürlichen in künstliche Bahnen
lenken zu können. Die Friedensverträge
sollen die Weltordnung dar, und erst mit
dem Ende des Krieges hat man erkannt,
dass einseitiges politisches Vorgehen unter An-
schluß wirtschaftlicher und finanzieller Ge-
setze zum Scheitern führen muß. In diesem
Sinn hat der Weltkrieg erst mit dem Abbruch
des Kriegszustandes sein wirtschaftliches Ende gefunden.

Dann kam Cuno auf das eigentliche mit-
teleuropäische Wirtschaftsgebiet zu sprechen und
betonte: „Nur in einem geschlossenen Zu-
sammenhang ist dieses Gebiet entwicklungs-
fähig, sowie bei der Erkenntnis, daß ein
einerseits zum Nachteil der Welt, andererseits
sondern ein Verlust ist. Dieses Gebiet
ist heute charakterisiert durch die zunehmenden
Zollschranken, durch die Fällung der Zölle
und die Arbeitslosigkeit. Über diesen
Zustand sehen wir in noch stärkerem Maße
in den Siegerländern. Das Problem für
Deutschland, als den zentralen Wirtschaftskör-
per Europas, ist doppelt kompliziert durch die
Währungsfrage. Die einzige Möglich-
keit, daß Deutschland seinen Reparationsver-
pflichtungen nachkommen kann, ist der Ausbau
seiner Handelsverträge. Ferner sind Koloni-
en für Deutschland eine Lebensnotwendig-
keit. Der Redner besprach sodann Finanz-
und Währungsprobleme und betonte, es komme
alles darauf an, daß Europa und die Welt die
wirtschaftlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge er-
kennt.“

Dr. Cuno sprach darauf von den künftigen
wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutsch-
land und Ungarn und schloß mit dem
Wunsche, daß mit dem Siege der wirtschaft-
lichen Vernunft politische Vernunft in den
Staaten Europas und der ganzen Welt ein-
setzen werde.

England zum deutschen Völkerbunds-
memorandum.

Weiter zufolge hat die britische Regierung
nicht auf das deutsche Memo-
randum, betreffend den Eintritt Deutsch-
lands in den Völkerbund geantwortet hat.
Es werde darauf hingewiesen, daß die britische
Regierung nicht den Völkerbund im Voraus
zu etwas verpflichtet könne, und daß es von
der Völkerbundsversammlung abhängt, welche
Bedingungen für die Aufnahme Deutschlands
gestellt werden sollen. Es sei jedoch wahr-
scheinlich, daß es Deutschland nicht schwer sein
werde, einen Sitz im Völkerbundsrat zu be-
kommen. Wie die Blätter melden werde die
britische Antwort auf das deutsche Memo-
randum in einigen Tagen ergehen und werde darauf
hinweisen, daß der Völkerbundsrat diese Frage
entscheiden müsse.

Die Reichsregierung gegen die Aus-
landsbeteile.

Die Reichsregierung will nunmehr endlich
den für Deutschland bedauernden Anflug der
Lieberfremdung des Auslandes
mit deutschen Vetterbriefen mit
Hilfe des Strafrechts zu weise rufen. Aus
allen Gesellschaftskreisen werden noch immer
schreckliche Briefe ins Ausland, besonders nach
Amerika, geschickt, deren „unangenehme Naiv-
tät und oft bodenlose Unverschäm-
theit“ wieder einmal ein Artikel der „Eh-
lagers Abendpost“ rügt. Der Vater des er-
wähnten Millionärs Frank erhielt a. B.
in der Zeit, da über diese traurige Affäre in
deutschen Blättern berichtet wurde, täglich durch-
schnittlich ein Duzend Vetterbriefe. Noch be-
schämender ist für Deutschland die systemati-
sche Verteilung von Wohlwollensanträgen.
Sie zu unterbinden wird möglich sein durch
die Bundesratsverordnung vom 15. Februar
1917. Diese verbietet die Sammelaktivität im
Ausland, soweit nicht besondere Erlaubnis von
der Bundesratsbehörde im Einvernehmen mit
den Auswärtigen Ante erteilt worden ist.
Die deutschen Vertretungen im Ausland sind
angehalten worden, über deutsche Sammlungen,
für die eine solche erteilte Genehmigung
nicht vorliegt, zu berichten, damit gegen ihre
Urheber strafgerichtlich eingeschritten werden
kann.

Die afrikanische Hölle.

Der französische Kriegsminister Nollet wird
in den nächsten Tagen eine Kommission nach
Afrika schicken, um die Verhältnisse in den
Mittelafrikaländern zu studieren. Vorbei, das
Wort von Nollet mit der Hölle von Dante ver-
glichen hat, soll abgeschafft werden wie der
Bogen Guyana. Der Vorsitzende der Kom-
mission, die von Nollet mit der Untersuchung
betraut wurde, ist der General Michoud, der
früher eine Division im Rheinland komman-
dierte.

Die Dortmunder Industrie- und
Handelskammer

hielt am 8. d. Mts. ihre Vollversammlung ab.
Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde
Handelskammer Dr. Hoff als Probenehmer
für Metalle, Metallstände und sonstige Ver-
baltungsgegenstände vereidigt.

Ueber „Voraussetzungen zum Weggang“ be-
richtete Herr Dr. Kamp:

Die praktische Durchführung der Verord-
nung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Um
eine einheitliche Regelung für den Industrie-
bezirk herbeizuführen, haben die beteiligten
Stadt- und Landkreise beschloffen, mit der
Durchführung den Aufstellungsverband zu
beauftragen. Unter Mitwirkung der Handels-
kammer der Arbeitsgemeinschaft hat der Auf-
stellungsverband eine Musterfassung ausgearbeitet,
aus welcher der Verleitetat Einzelheiten
über die Beitragsätze u. a. anführt. Die ein-
heitliche Durchführung ist fraglich, da sowohl
in den Kreisen der Abgabepflichtigen wie der
Hebverpflichtigen Widerstände bestehen.

In der eingehenden Aussprache stellte sich
nach allgemeiner Ansicht die Verordnung als
praktisch undurchführbar heraus; sie bringt für
die Gemeinden keine Hilfe, sondern nur eine
schwere Belastung für die Abgabepflichtigen.
Unter Ablehnung der Verordnung verlangt die
Handelskammer, daß die bereits bestehende
Kraftfahrzeugsteuer ihrer Bestimmung nach für
den Weggang verwendet werde und nicht zu an-
deren Zwecken. Der Geschäftsführung bleibt
eine weitere Zusammenarbeit mit dem Auf-
stellungsverband bis zur vollständigen Er-
ledigung der Frage überlassen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtete
der Steuerdezernent Herr Dr. Stieve über
den Entwurf eines Gesetzes über Zölle und
Umsatzsteuer. Nach eingehender Aussprache
wurde folgende Entschließung einstimmig an-
genommen:

„Die Vollversammlung der Industrie- und
Handelskammer Dortmund stellt die gefährliche
Lage der deutschen Landwirtschaft durch das
jetzige Anziehen der Getreidepreise nicht als
befriedigend an. Sie hält daher die Wiederher-
stellung eines mäßigen Zollsatzes, wie er vor
dem Kriege bestand, für dringend geboten, zu-
mal die Erhaltung einer leistungsfähigen Land-
wirtschaft im Interesse der gesamten deutschen
Wirtschaft liegt. Auch für die Handelsver-
tragsverhandlungen ist die Wiedereinführung
der Agrarzölle von größter Bedeutung. Nicht
mindest wichtig für die Wirtschaft ist es, daß
die Umsatzsteuer ganz erheblich herabgesetzt wird;
die jetzige Verminderung auf 2%, wie sie die
Agrarzollvorlage vorsieht, ist nicht ausreißend.“

Der Gesetzentwurf über die so-
genannte Kleinhandelssteuer ist
erst kürzlich in einer Sitzung des Einzelhan-
delsausschusses der Kammer abgelehnt worden.
Die Kammer nahm in folgender Entschließung
Stellung:

„Die Vollversammlung der Industrie- und
Handelskammer Dortmund stellt in der etwaigen
Einführung einer Kleinhandelssteuer keine Ver-
besserung gegenüber dem jetzigen Umsatzsteuer-
system. Eine Kleinhandelssteuer würde für den
Einzelhandel die nachteiligsten Folgen haben.
Sie würde dem Schleichhandel zu größter Ver-
breitung verhelfen und so auf die Steuermoral
die ungünstigste Wirkung ausüben. Der dadurch
notwendig werdende Kontrollapparat verfeuert
und erschwert die Verwaltung der Steuer, die
Art ihrer Erhebung durch Quittungsmarken
bringt für den Einzelhandel eine Fülle völlig
unproduktiver und außerordentlich unerquid-
licher Arbeit mit sich.“

In Hand einer von der Geschäftsführung
vorgelegten Denkschrift über die Verkehrsfragen
des Handelskammerbezirks erfolgte eine rege
Aussprache. Für eine erfolgversprechende Ver-
arbeitung der Verkehrsfragen Dortmunds be-
achtet es der Kammer wünschenswert, daß die
Stadtverwaltung ein besonderes Verkehrs-
dezernat einrichtet; auch die Pläne der Reichs-
postverwaltung zur Umgestaltung des Fern-
verkehrs im Rheinisch-westfälischen Indus-
triebezirk wurden eingehend erörtert. In-
besondere wurde die schon vor dem Kriege
bringende geforderte Einbeziehung Hannes in
das Verkehrsfernnetz als unerlässlich be-
achtet.

Die bevorstehenden Handelsvertragsver-
handlungen führten nach einem einleitenden
Vortrag des Herrn Dr. Fischer zu einer ein-
gehenden Aussprache über die Grundzüge, nach
denen das Deutsche Reich die Verhandlungen
führen sollte. Die Versammlung hält einen
maßvollen Zollschutz für die deutsche Wirt-
schaft für unerlässlich, verlangt aber auf der
anderen Seite die unbedingte Marktfreiheit.
Deutschland muß sich möglichst auf die
Einfuhr von Rohstoffen beschränken und darf
nicht zum Absatzmarkt ausländischer Fertig-
waren werden. Besonders wichtig erscheint die
Stärkung des inneren Marktes. Der Vorsitzende
wies auf die Schwierigkeiten der Verhand-
lungen hin, deren Tempo durch politische und
wirtschaftliche Momente mitbestimmt wird.

Weiter wurde über die Beschwerde der Apo-
theker berichtet, die durch den ständig wachsen-
den Vertrieb fertiger Arzneimittel durch
Drogerien und Selbstabgabestellen der Kran-
kenkosten immer mehr im Arzneimittelverkehr
ausgeschaltet werden. Außerdem werden sie
besonders stark durch die bestehenden Steuern
bedrückt, die sie infolge der Arzneimittelver-
kehr nicht abwälzen können. Der Beschwerde über
die Abgabe von Apothekervaren durch die
großen Werke wird sich die Handelskammer
besonders annehmen.

Bei der Besprechung der Wirtschaftslage
ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß die
an die Annahme des Londoner Abkommens
geknüpften Erwartungen hinsichtlich einer Be-
hebung der Wirtschaft sich bisher nicht er-
füllt haben. Die erwarteten Kredite sind bis-
her ausgeblieben. Ohne ausländisches Kapital
ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder in
Gang zu bringen. Was in der Öffentlichkeit
über die dem Bergbau zur Verfügung ge-
stellten Kredite verlautete, ist völlig irreführend.
Die Verschuldung des Bergbaues ist infolge
der Kosten der letzten Jahre und der Micu-
lasten ungeheuer.

Die Beschäftigungsmöglichkeit für die In-
dustrie ist für die Zukunft unsicher. Zur Be-
hebung des Inlandsmarktes und zur Stärkung
der Konkurrenzfähigkeit im Auslande bedarf
es einer wesentlichen Stärkung der Erzeugung der
Steuerlasten sowie der Eisenbahnfrachten, die
bei der geographischen Lage der Industrie in
Deutschland eine ganz andere Bedeutung haben,
als beispielsweise in England, Frankreich, Bel-
gien, Holland und Amerika, wo die Industrie-
güter auf kürzestem Wege die Küsten und da-
mit den billigeren Wasserweg erreichen können.
Die deutschen Frachten sind z. Bt. die höchsten
in ganz Europa. Die Frachtenfrage wird eine
wesentliche Rolle nach Uebergang der Bahn
auf die deutsche Reichsbahngesellschaft spielen,
die jährlich 1770 Millionen Mark nach dem
Damesgutachten herauswirtschaften muß. Für
die Gütererzeugung bedeuten die Lasten des
Damesgutachtens, daß sie allein zu diesem
Zweck auf 180% der Friedensverrechnung oder
um das dreifache der heutigen Leistung ge-
steigert werden müßte. Das erfordert nur mög-
lich durch höchste Arbeitsleistung. Die von der
Reichsbahn gewährten 10% Tarifermäßigung be-
deuten für den Preisabbau so gut wie nichts;
eine Herabsetzung um mindestens weitere 25
bis 30% ist unbedingt notwendig. Ferner sind
zur Steigerung der Ausfuhr im weiten Um-
fange Seefahrt-Ausnahmetarife besonders für
Kostgüter zu gewähren.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Ar-
beitszeit in verschiedenen Ländern ergibt, daß
im Ausland weit mehr Arbeiter länger als
48 Stunden in der Woche arbeiten, als in
Deutschland, wo ungefähr die Hälfte aller Ar-
beitnehmer 8 Stunden und darunter arbeiten.
Die Ansicht des Damesgutachtens, daß das
deutsche Volk ohne Druck auf seine Lebens-
haltung unter dem Zwang internationaler Ar-
beitsbedingungen die Reparationsverpflichtungen
erfüllen könne, ist falsch; die Realisierung des
Washingtoner Abkommens ist also abzulehnen.

Auch die geringe Beschäftigung in der Ver-
feinerungsindustrie ist zurückzuführen auf die
außerordentliche Belastung durch die Eisen-
bahnfrachten und die Steuern, da die ge-
steigerten Beförderungskosten einen Absatz ins-
besondere ins Ausland unmöglich machen. Die
Belastung durch die Steuern stellt z. Bt. bei
einigen Waren das 1/4fache dessen dar, was
vor dem Kriege in den besten Jahren an
Gewinn ausgeführt wurde. Der Bergbau
leidet z. Bt. immer noch unter erheblichem
Arbeitsmangel. Seine gesamte steuerliche Be-
lastung betrug vor dem Kriege durchschnittlich
20 Wfg. pro Tonne Kohle; heute macht sie
allein bei der Gewerbesteuer 40 Wfg. aus, wäh-
rend sich die Belastung durch die gesamten
Steuern auf 1,30 M. d. h. rund das 6 1/2-
fache der Friedensbelastung beläuft. Auf
diesem Wege geht es nicht weiter. Eine Herab-
setzung der Selbstkosten muß durch einen ganz
erheblichen Steuerabbau herbeigeführt werden,
zu dem die Gemeinden durch äußerste Spar-
samkeit beitragen müssen.

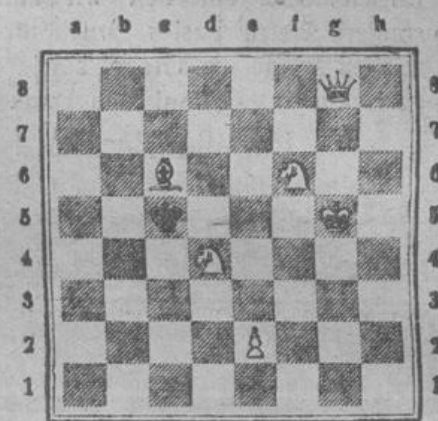
Die Einführung der 20%igen Reparations-
abgabe bei den Hauptentwertungsmächten entzieht
der deutschen Wirtschaft beträchtliche Mengen
von Devisen und macht die Erfüllung des Lon-
doner Abkommens unmöglich.

Ein weiteres Moment kommt auch dadurch
in die gesamte Wirtschaft, daß die Mehrheit
aller Aktiengesellschaften mit der Aufstellung
der Goldmarkkollanten zurückfällt. Diese Ver-
schiebung ist für das defekte Gebiet infolge
der Ungewißheit über die Errichtung der Ver-
sicherungsgesellschaften durchaus verständlich. Es muß
jedoch erwartet werden, daß in allen anderen
Gebieten, insbesondere im unbesetzten Gebiet,
alsbald die Umstellung der aufgetriebenen Papier-
marktwirtschaft auf Goldmark stattfindet. Eine
allgemeine Umstellung wird dann in einer
Festigung des Marktes und der Börse alsbald
zum Ausdruck kommen.

Zum Schluß berichtete der Vorsitzende noch
über die Tagung der deutschen Auslands-Handels-
kammern, des deutschen Industrie- und
Handelstages in Berlin, sowie über Verhand-
lungen im Reichsverkehrsministerium, be-
treffend Uebernahme der Eisenbahnen des be-
setzten Gebietes durch die Reichsbahn und die
Wiederherstellung des Zustandes vor Januar 1923.

Schachchecke

Schachaufgabe Nr. 8
Unbekannt.



Matt in 3 Zügen.
Stellung: Weiß Lc8, Sd4, Be2, Sf6, Dg8, Kg8
Schwarz Kc6.

(Die Lösungen der Aufgaben Nr. 7 und 8 werden
mit der nächsten Aufgabe an dieser Stelle angegeben.)

Partie Nr. 8.

Zuckertorts Eröffnung.

Gespielt im Schachwettkampf „Schachvereine Hörde 23“
„Schachklub Hörde“, zu Hörde, September 1924.

Weiß: Schenker (Horne) Schwarz: Raffel (Hörde)

1. Sg1-f3 1. d7-d5
2. d2-d4 2. e7-e6
3. g2-g3 3. d7-d5

Der Sinn dieser
hypermodernen Eröffnung ist der Aufbau eines starken
Bauernzentrums. Auf den ersten Blick sieht das von
Weiß gewählte Eröffnungssystem widersinnig aus, da
es dem obersten schachstrategischen Grundsatz, welches
verlangt, die Figuren so schnell wie möglich zu ent-
wickeln nicht Rechnung trägt. Doch kann das Ver-
stärken in diesem Falle schnell nachgeholt werden.
Schwarz muß sehr vorsichtig spielen, da es sonst
sicherlich einer der vielen hinterlistigen Finten, die
diese Eröffnung enthält, zum Opfer fällt.

4. Lf1-g2 4. Sg8-f6
5. 0-0 Im allgemeinen ist die Königsstellung
als schwach zu bezeichnen, wenn ein Rochadebauer
vorgezogen ist, doch kann in diesem Falle davon
keine Rede sein, da der Läufer auf g2 einen starken
Schutz bildet. 5. Sg8-f6

6. Td1-a1 bereitet den a-Bauernvorstoß vor. 6. h7-h6
um den Läufer an der Entwicklung zu hindern. In
dieser Stellung war g5 das einzige in Betracht
kommende Entwicklungsfeld des Läufers e1; daher
kann der Bauernzug nicht als Tempoverlust bezeich-
net werden. 7. Sf6-e4

7. Sf6-e4 7. Sf6-e4

8. Sg3-b5 8. g7-g6
Der Zweck dieses Zuges ist nicht nur als Bauernsturm
zu bewerten, er nimmt gleichzeitig dem Läufer e1
das Entwicklungsfeld f4, welches für ihn nach Ab-
tausch des schwarzen Läufers d6 in Frage kam.

9. Sg5-d6 9. Dd8-d6
10. b2-b3 Der Läufer e1 muß natürlich endlich
entwickelt werden! 10. Lc8-d7

11. Lc1-b2 11. f7-f6
hindert den Springer nach e5 zu gehen. 12. f6-f5

12. f6-f5 12. f6-f5

13. e2-e3 13. 0-0-0
14. f2-f3 14. Sc4-c5

Das verlockende Springeropfer Sc4xg3 hätte wahr-
scheinlich nicht zum Ziele geführt, da Weiß mehr
Figuren zur Verteidigung als Schwarz zum Angriff
zur Verfügung hätte. 15. d5-d6

16. f3-f4 16. f3-f4

17. Sd2-e4 17. Sf6-e4

18. Tc1-e4 18. Th8-h7
Dieser Zug ist schlecht wegen der Drohung Lb2-a3
im 20. Zug. 19. Tg8-f5

19. Tg8-f5 19. Tg8-f5

20. Lb2-a3 20. Dd6-d5

21. La3-c5 21. e6-e5
Dieses Bauernopfer war notwendig, um die Dame
zu retten. Folge des fehlerhaften 18. Zuges. 22. Dd5-d7

22. Dd5-d7 22. Dd5-d7

23. Ta5-f5 23. Df7-f5

24. Dd1-d3? Ein fehlerhafter Zug, der die Partie
kostet. Hätte Weiß auf Gewinn des Bauern a7 ge-
spielt, so wäre die Partie ebenfalls verloren, z. B.: 24. Ld7-c6

25. Lc5-a7 25. b7-b6

26. a4-a5 26. Kc8-b7

27. a5-b6 27. c7-c6

u. s. w. Der weitere Verlauf der Partie war folgender:
24. Df6-d3! Selbstverständlich! 25. b7-b6

26. Ld7-c6 26. Ld7-c6

27. Lc5-e7 27. Td8-d4

28. Ta1-d1 28. Lc6-d5

29. b3-b4 29. Ld5-b3

30. Ta1-d2 30. Lb3-a4
Das Endspiel ist theoretisch für Schwarz gewonnen.
Weiß gab nach einigen weiteren Zügen die Partie auf.

Wissenswertes.

Fahrrad bis unter's Dach. Das Fahrrad
ist heute kein Ausstattungsgegenstand mehr, sondern
hat den Charakter eines notwendigen Verkehrs-
mittels, das für ungefähre Angehörige und
Arbeiter, die es zur Fahrt nach und von der
Arbeitsstelle brauchen, unentbehrlich geworden
ist. Bieten Keller oder Stall nicht die ge-
nügende Sicherheit, so wird man es dem Be-
sitzer des Rades nicht verübeln können, wenn
er es mit in die Wohnung nimmt. Bei vor-
sichtiger Transport, Rad auf der rechten
Schulter, linke Hand an der Ventralge, kön-
nen Schäden an Flur und Treppen, wenn
diese am Abend erleuchtet sind, kaum eintreten.
Wir empfehlen Ihnen, jedem der Fahr-
radbesitzer in Ihrem Hause ein
Schreiben zugehen zu lassen des In-
halts, daß Sie für alle an Flur und Treppen
durch diesen Transport entstehenden Schäden
den betreffenden Radfahrer ersatzpflichtig
machen würden und daß Sie, wenn trotz dieser
Warnung weitere Schäden entstehen sollten,
beim Gericht eine einstweilige Verfügung be-
antragen würden, die dem nachlässigen Rad-
fahrer den Transport über Flur und Treppen
verboten.

Camillo Caviglioli,
der Inflationsindeficielle, der im
Punkt des augenblicklichen großen
Schiffbruchs steht.